

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3296

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3296



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



«Künftig muss es darum gehen, dass die Schweiz ihre globale Verantwortung anerkennt und Teil der Lösung im Kampf gegen die Klimakrise wird. Dazu muss die Schweiz Klimagerechtigkeit verwirklichen – im Inland und gegenüber von ärmeren und klimaexponierten Ländern im Globalen Süden.»

Caritas-Positionspapier

Klimagerechtigkeit schaffen

In Kürze: Für Menschen in Entwicklungsländern ist die Klimakrise bereits raue Wirklichkeit. Dort trifft es die Ärmsten zuerst, meist Frauen und Kinder, Kleinbäuerinnen und -bauern, indigene Völker sowie Menschen in Slums und auf Inseln, die langsam im Meer versinken.

Die Ärmsten tragen am wenigsten zur Erderwärmung bei, spüren die Folgen der Klimaveränderung aber am deutlichsten. Weder verfügen sie über die nötigen Mittel und Kapazitäten, um sich vor Dürren, Sturmfluten und Hurrikanen zu schützen, noch können sie auf eine soziale Absicherung, auf Versicherungsleistungen oder anderweitige Entschädigungen zurückgreifen.

Im weltweiten Vergleich und besonders gegenüber von Entwicklungsländern ist der Schweizer Klima-Fussabdruck pro Kopf riesig. Entsprechend gross ist die schweizerische Mitverantwortung an der Begrenzung der globalen Klimaveränderung und an der Bewältigung der negativen Auswirkungen durch die Erderhitzung.

Es braucht Klimagerechtigkeit: Im Inland muss die Schweiz den sozialen und ökologischen Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft so vorantreiben, dass sie 2040 Klimaneutralität erreichen kann. Gleichzeitig muss die Schweiz ärmere Länder viel stärker unterstützen, damit diese die Transformation ebenfalls schaffen und sich die Menschen an die verheerenden Folgen der Erwärmung anpassen können.

Je stärker die Länder gemeinsam darauf hinarbeiten, den globalen Klimawandel auf 1,5 Grad zu beschränken, desto leichter und günstiger werden die Folgen für alle bewältigbar sein.

Es wird wärmer auf der Erde

Die menschengemachte Erwärmung der Erde schreitet ungebremst voran. Wenn in den nächsten zehn Jahren keine Trendumkehr gelingt, droht das Klima unkontrollierbar zu werden, warnt der Weltklimarat der Vereinten Nationen (UNO).

Die Datenlage zur Klimaveränderung ist erdrückend. Unzählige Studien belegen: Ozeane versauern, Eisschilde schmelzen, der Meeresspiegel steigt und Permafrostböden tauen auf, wodurch klimaschädliches Methangas freigesetzt wird. Dürren und Hurrikane werden immer häufiger und extremer. Tier- und Pflanzenarten sterben aus und landwirtschaftliche Flächen gehen verloren.

Trotz der Dringlichkeit zum Handeln ist der soziale und ökologische Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft nicht in Sicht. Der Ausstieg aus fossilen CO₂-Schleudern wie Kohle, Erdöl und Erdgas (Dekarbonisierung) geht zu langsam.

Gleichzeitig fehlen wichtige Investitionen in erneuerbare Energien und emissionsarme Technologien. Anpassungen in Richtung umweltfreundliche Mobilität und ökologische Landwirtschaft, nachhaltige Wertschöpfungsketten und klimaneutrales Wohnen, massvoller Konsum und genügsamer Lebenswandel? Zumindest hierzulande sind solche Veränderungen noch zu wenig erkennbar.

Die Welt ist nicht auf Kurs

In naher Zukunft ist entscheidend, *wie gross* die Erwärmung ausfällt. Im Falle eines fortgesetzten Temperaturanstiegs werden unweigerlich Kipppunkte erreicht, die *unumkehrbare* Prozesse auslösen: Der Golfstrom könnte versiegen und in Europa Extremwetter bringen. Das Grönlandeis könnte weg-schmelzen und die Meere zusätzlich ansteigen lassen. Abgeholzte und abgebrannte Regenwälder könnten ihre Funktion als CO₂-Speicher und «grüne Lunge» der Erde verlieren. Und wegen verheerenden Hitzewellen und Dürren könnten grosse Gebiete im Globalen Süden unbewohnbar werden.

Um solche Gefahren abzuwenden, hat sich die internationale Staatengemeinschaft 2015 im Pariser Klimaübereinkommen darauf geeinigt, alles daran zu setzen, die Klimaveränderung zu stoppen (siehe Kasten). Laut Weltklimarat (IPCC) ist bereits bei einer Erwärmung um mehr als 1,5 Grad mit teuren Klimaschäden und Vertreibung von Menschen in Entwicklungsländern zu rechnen. Würde sich die Erde über 2 Grad erhitzen, hätte dies existenzbedrohende Folgen für Mensch und Natur.

Umso besorgniserregender ist es, dass die Welt gegenwärtig auf eine globale Erhitzung von 3 Grad oder mehr bis Ende des 21. Jahrhunderts zusteuert. Und selbst wenn die Staaten ihre bei der UNO hinterlegten Klima-Verpflichtungen bis 2030 einhalten würden, käme die Erde noch auf 2,3 bis 2,6 Grad.

Auch die Schweiz ist nicht auf Kurs: Nicht nur hat sie ihre eigenen Klimaziele bis 2020 verfehlt. Auch die eingereichten Vorschläge gegenüber der UNO bis 2030 sind unzureichend, um die Pariser Klimaziele einhalten zu können. Es ist offensichtlich: Die Weltgemeinschaft inklusive der Schweiz müssen beim Klimaschutz stark nachbessern.

Das Pariser Klimaübereinkommen und die Agenda 2030

Seit Jahrzehnten beschäftigt sich die Weltgemeinschaft mit der Bewältigung des Klimawandels. 2015 ist ihr ein Durchbruch gelungen. Mit dem *Pariser Klimaübereinkommen* haben sich im Rahmen der UNO sämtliche Staaten verpflichtet, sich dafür einzusetzen, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen, wobei ein maximaler Temperaturanstieg von 1,5 Grad angestrebt wird. Bereits hat sich die Erde gegenüber der vorindustriellen Zeit um 1,2 Grad erwärmt.

Ebenfalls Ziel des Abkommens ist es, staatliche und private Finanzflüsse auf eine treibhausgasarme Entwicklung auszurichten. Ferner hält die Weltgemeinschaft am Entscheid fest, dass reiche Länder jährlich mindestens 100 Milliarden US-Dollar für die «Internationale Klimafinanzierung» mobilisieren. In Entwicklungsländern werden damit Investitionen in Klimaschutzprojekte und in Massnahmen in der Anpassung an die negativen Folgen der Erderwärmung getätigt. Bereits 1992 wurde vereinbart, dass diese Gelder *neu* und *zusätzlich* zur Entwicklungsfinanzierung bereitgestellt werden sollen, was bedauerlicherweise (noch) nicht geschieht.

Klimaschutz und Anpassungsmassnahmen sind Bestandteile der umfassenden *Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung*. Die UNO-Nachhaltigkeits-Agenda aus dem Jahr 2015 gilt für sämtliche Staaten (also auch für die Schweiz) und enthält einen umfassenden Zielkatalog, weltweit Armut und Hunger abzubauen, Bildung und Gesundheit zu verbessern, Friede und Demokratie zu fördern, und die Wirtschaft nachhaltig und zum Vorteil aller auszugestalten.

Entwicklungsländer in der Klimakrise

Die negativen Folgen des Klimawandels werden weltweit immer offensichtlicher. In Europa und der Schweiz werden heftige Regenfälle und Überschwemmungen häufiger. Im Mittelmeerraum breiten sich hingegen Trockenheit und Dürren aus. In Australien wüten Waldbrände, während in den USA Tropenstürme und Hurrikane häufiger auftreten und massive Schäden anrichten.

Um ein Vielfaches härter trifft es den Globalen Süden: Längere Dürren und tödliche Hitzewellen bringen in Afrika existenzbedrohende Ernteaufschläge, Hunger und Not. Fallen die seltenen Niederschläge als Starkregen in kurzer Zeit, führen sie zu Überflutungen und Einbußen in der Landwirtschaft. Die Häufung von Dürren und Starkregen nimmt auch in Süd- und Südostasien sowie auf dem südamerikanischen Kontinent stark zu.

Aufgrund der Klimaveränderung hat sich laut der UNO die Zahl der Naturkatastrophen seit dem Jahr 2000 gegenüber den vorherigen 20 Jahren verdoppelt. Klimabedingte Katastrophen wie Überschwemmungen und Dürren, Waldbrände und Hitzewellen führen dazu, dass die Ärmsten ihre Ernten, ihre Nahrungsgrundlage, ihre Behausungen verlieren. Immer häufiger müssen Schulen, Gesundheitszentren und wichtige Infrastruktur repariert oder wiederaufgebaut werden.

In Regionen mit wiederkehrenden Klimakatastrophen leben gleichzeitig viele Menschen, die am stärksten von Hunger betroffen sind. Ihnen fehlen Ressourcen und Rücklagen, um diese Katastrophen zu meistern. Das Welternährungsprogramm der UNO (WFP) schätzt, dass der weltweite Hunger, besonders die Unterernährung von Kindern, bis 2050 um 20 Prozent steigen wird – allein durch die Folgen der Klimaveränderung.

Mancherorts verändern sich die Lebensbedingungen derart gravierend, dass ein Überleben in der eigenen Heimat nicht mehr möglich ist. Immer mehr Menschen haben keine andere Wahl, als ihre Heimat dauerhaft zu verlassen. Die UNO befürchtet, dass bis 2050 weltweit über 200 Millionen Menschen in Folge der Erderhitzung vertrieben werden. Dies würde bisherige Flucht- und Migrationsbewegungen in den Schatten stellen.

Afrika ist besonders betroffen

In Ländern Afrikas, in denen die Caritas Schweiz seit Jahrzehnten humanitäre Hilfe und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit leistet, arbeiten 80 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft. Weil jene Landwirtschaft beinahe vollständig ohne Bewässerung auskommt, ist sie auf verlässliche Niederschläge angewiesen. Diese Ausgangslage macht die Bevölkerung besonders verwundbar gegenüber klimatischen Veränderungen.

In der Sahelregion treten vermehrt Trockenperioden und Dürren auf. Die wenigen fruchtbaren Böden bringen in Ländern wie Mali, Niger, Tschad und Burkina Faso immer weniger Ertrag. Hungerkrisen und Verzweiflung, Gewalt und Vertreibung sind die Folge.

Im Südosten Afrikas wechseln sich Trockenperioden und Starkniederschläge ab, mit schweren Folgen für die Subsistenzwirtschaft als Grundlage für die Ernährungssicherung. Während es 2016 bis 2018 extrem trocken gewesen war, trafen auf die Länder Malawi, Mosambik und Zimbabwe 2019 gleich zwei schwere Zyklone – und brachten Verwüstung und Elend.

Die grosse Klima-Verantwortung der Schweiz

Materieller Wohlstand, Energieverbrauch und der Ausstoss von Treibhausgasen sind auf der Welt höchst ungleich verteilt. Die Schweiz gehört zu den wohlhabendsten Ländern. Unser Lebensstil benötigt viel Ressourcen und Energie. Entsprechend verursachen Schweizerinnen und Schweizer im Durchschnitt viel Treibhausgase und tragen dadurch zum globalen Klimawandel bei.

Zwar gelang es in den vergangenen dreissig Jahren, die Treibhausgase in der Schweiz um 14 Prozent zu senken. Doch, während unser Fussabdruck im Inland etwas kleiner wird, wächst er *im Ausland* umso mehr. Dies, weil unser Lebensstandard in grossem Umfang auf günstigen Importen aus anderen Ländern beruht. Die Schweiz verursacht dadurch klimaschädliche «graue Emissionen» jenseits ihrer Landesgrenzen.

Mittlerweile entsteht der grösste Teil der schweizerischen Umweltbelastung ennet der Grenze: Weil die Schweiz rohstoff- und energieintensive Industrien längst ausgelagert hat, und wir unsere Kleider und elektronischen Geräte aus ärmeren Ländern mit niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen importieren. Weil wir unsere ausrangierten und kaputten Autos auf undurchsichtige Weise in die verstopften Städte in Libyen und Togo, Benin und Nigeria verschiffen. Weil wir vergleichsweise häufig fliegen, und weil unser Fleischkonsum einen klimaschädlichen Futteranbau in Entwicklungsländern mit sich bringt.

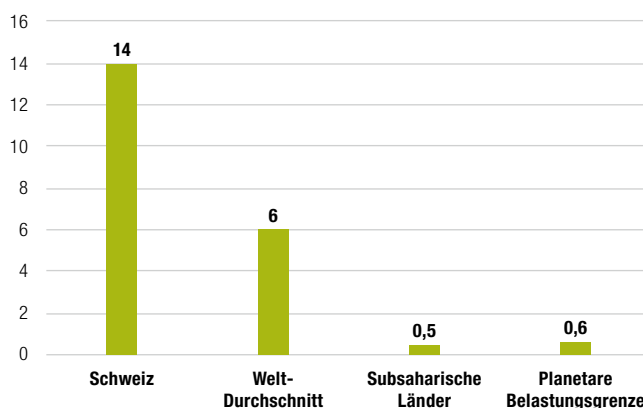
Hinzu kommt der schweizerische Finanzmarkt: Banken und Versicherungen, Pensionskassen und private Investoren setzen nach wie vor mit Milliarden auf den zukunftsraubenden Kohleabbau und die zerstörerische Erdölindustrie. Will die Schweiz die Pariser Klimaziele erreichen, dann muss der hiesige Finanzplatz endlich seinen Anteil dazu beitragen. Denn, Finanzierungen von heute bestimmen die Wirtschaft von Morgen.

Schweiz zählt zu den klimaschädlichsten Ländern

Unter dem Strich wird der Klima-Fussabdruck der Schweiz nicht kleiner, sondern grösser. Global betrachtet gehört die Schweiz bezüglich CO₂-Verursachung pro Person zu den klimaschädlichsten Ländern. Nur Staaten wie die USA und Kanada, die Golfstaaten und Australien, Singapur oder Hongkong stehen noch schlechter da. Besonders dramatisch ist ein Vergleich mit Ländern in Subsahara-Afrika:

- Der Treibhausgas-Fussabdruck der Schweiz liegt laut dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) mit rund 14 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Person deutlich über dem europäischen Durchschnitt.
- Der schweizerische Fussabdruck ist mehr als doppelt so gross wie der weltweite Durchschnitt von knapp 6 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Person.
- Die meisten Staaten Afrikas stossen pro Kopf und Jahr weit weniger als 1 Tonne Treibhausgase in die Atmosphäre.
- Mit ihrem hohen Emissionsausstoss pro Kopf überschreitet die Schweiz die planetare Belastungsgrenze von höchstens 0,6 Tonnen CO₂-Äquivalente pro Person um ein Mehrfaches.

Verursachung klimaschädlicher Emissionen pro Kopf



Angaben in Tonnen CO₂-Äquivalente pro Kopf und Jahr.
Quelle: Bundesamt für Umwelt (BAFU), Annäherungswert für die Länder Afrikas südlich der Sahara.

Im weltweiten Vergleich und besonders in Bezug auf ärmere Entwicklungsländer verursacht die Schweiz viel Treibhausgas-Emissionen. Die Schweiz trägt deshalb eine grosse Mitverantwortung an der Begrenzung der Klimaveränderung und an der Bewältigung der verheerenden Auswirkungen durch die Erderhitzung.

Die Schweiz ist Teil des weltweiten Klima-Problems. Künftig muss es darum gehen, dass die Schweiz ihre globale Verantwortung anerkennt und Teil der Lösung im Kampf gegen die Klimakrise wird. Dazu muss die Schweiz Klimagerechtigkeit verwirklichen – im Inland und gegenüber von ärmeren und klimaexponierten Ländern im Globalen Süden.

Klimagerechtigkeit

Zwischen 1990 und 2015 haben sich die klimaschädlichen Emissionen weltweit verdoppelt. Für den Anstieg sind laut einem *Oxfam*-Bericht (2020) besonders die Reichsten 10 Prozent verantwortlich – und nicht die globale «Mittelklasse», wie häufig angenommen oder behauptet wird. Das reichste 1 Prozent der Menschheit ist für 15 Prozent, die ärmere Hälfte nur für 7 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen zwischen 1990 und 2015 verantwortlich.

Die Ärmsten tragen am wenigsten zur Erwärmung bei, spüren aber die Folgen der Klimaveränderung am deutlichsten. Weder verfügen sie über die nötigen Mittel und Kapazitäten, um sich gegen die Klimaverheerungen zu schützen, noch können sie auf eine staatliche soziale Absicherung oder auf Versicherungsleistungen zurückgreifen.

Die Klimaveränderung schafft Ungerechtigkeit: Während die Einen verantwortlich sind, spüren die Anderen die Folgen. Daraus entspringt die Forderung nach **Klimagerechtigkeit**. Klimagerechtigkeit vereint Bemühungen im weltweiten Klimaschutz mit Fragen von Gerechtigkeit innerhalb und zwischen den Ländern im Norden und im Süden.

Ein Klima der Gerechtigkeit schaffen

Schon seit Jahren fordern Caritas Schweiz und viele andere Entwicklungsorganisationen mehr Klimagerechtigkeit: Wohlhabende Länder wie die Schweiz müssen weit mehr Verantwortung übernehmen, zugunsten von Entwicklungsländern, die wenig zur Erderwärmung beitragen. Reiche und privilegierte Personen mit grossem Klima-Fussabdruck müssen mehr Verantwortung übernehmen, zugunsten der Ärmsten, die der Klimakrise besonders schutzlos ausgesetzt sind.

Die Klimafrage ist eine Frage der Gerechtigkeit. Weil wir über unseren CO₂-Ausstoss die Erde erhitzen, stürzen wir Menschen in den Ländern des Südens zusätzlich in Armut und Hunger. Das muss sich ändern. Entwicklungsländer angemessen zu unterstützen, die eigenen Treibhausgase zu reduzieren und eine klimaneutrale Verhaltensweise und Wirtschaft zu schaffen, ist machbar. Es ist einzig eine Frage der gesellschaftlichen Bereitschaft und des politischen Willens.

Handeln wir – im Inland und weltweit

Würden Entwicklungsländer so viel Treibhausgase verursachen wie die Schweiz, stünde die Erde rasch vor einem Kollaps. Klimagerechtigkeit kann deshalb *nicht* bedeuten, dass sämtliche Staaten dieser Welt das Recht haben sollen, gleich viel Treibhausgase zu erzeugen, wie Industrieländer dies derzeit tun. In keiner Weise wäre dies mit dem Ziel vereinbar, den Klimawandel auf weniger als zwei Grad, geschweige denn 1,5 Grad zu begrenzen.

Aufgehalten wird die globale Erwärmung erst, wenn die Länder es *gemeinsam* schaffen, unter dem Strich keine Treibhausgase mehr in die Atmosphäre zu entlassen. Damit das «Pariser» 1,5 Grad-Limit eingehalten wird, müssen *sämtliche* Staaten in den kommenden 30 Jahren – innerhalb nur einer Generation –, konsequent und dauerhaft Abschied nehmen von der Ausbeutung und Nutzung klimaschädlicher fossiler Energie.

Noch können wir durch Klimaschutz und Verhaltensänderungen den Temperaturanstieg und dessen Folgen abmildern. Anstelle von freiwilligen Appellen braucht es dafür allerdings griffige Massnahmen, klare Regulierungen und gezielte Anreize – beim Strassen- und Luftverkehr, bei der Landwirtschaft und Ernährung, im Gebäude- und Industriesektor sowie im Finanzbereich, wo klimaschädliche Kredite, Investitionen und Anlagen der Vergangenheit angehören müssen.

Die Klimakrise erfordert einen grundlegenden Wandel in allen Bereichen des sozialen, politischen und wirtschaftlichen Lebens. Selbstverständlich kostet Klimaschutz. Aber *kein* Klimaschutz kostet über kurz oder lang noch sehr viel mehr. Handeln wir nicht, werden die Ausgaben zur Bewältigung der negativen Klimafolgen nicht absehbar – ganz zu schweigen von der Not der Betroffenen, die ohnehin nicht in Zahlen zu fassen ist.

Die Schweiz muss zwei Wege gehen:

Die **Schweiz** handelt im Inland und wird selbst klimaneutral.

Die Schweiz unterstützt **ärmere Länder**, damit sie sich emissionsarm entwickeln und besser an die negativen Folgen der Erderwärmung anpassen können.

Die Schweiz handelt im Inland

Die Schweiz gestaltet ihre Wirtschaft sozial und ökologisch nachhaltig und setzt auf erneuerbare Energieversorgung und Ressourceneffizienz. Ihre Wohlfahrt hält die Schweiz klimaneutral, sozialgerecht und wirtschaftsverträglich aufrecht.

2019 beschloss der Bundesrat das Netto-Null-Ziel: Bis 2050 soll die Schweiz unter dem Strich keine Treibhausgase mehr ausstossen. Mit den «Energieperspektiven 2050+» zeigte das Bundesamt für Energie im Herbst 2020 auf, wie die Schweiz in Richtung Klimaneutralität gehen kann: **Erneuerbare Energien** müssen stark vorangetrieben werden – besonders Wasserkraft, Photovoltaik, Windanlagen und Biomasse. Benzin und Diesel, Kerosin und Heizöl dürfen nicht mehr künstlich verbilligt werden. Und der Energieverbrauch muss gesenkt und die Energieeffizienz erhöht werden.

Investitionen in erneuerbare Energien und nachhaltige Technologien zahlen sich gleich mehrfach aus: Erstens können dadurch drohende Schäden in Milliardenhöhe reduziert werden. Denn schreitet die Erwärmung ungebremst voran, muss auch die Schweiz mit sehr hohen Folgekosten rechnen. Zweitens kann die Schweiz ihre Abhängigkeit von erdölexportierenden Ländern bei der Energieversorgung senken. Allein in den letzten zehn Jahren flossen 80 Milliarden Franken für fossile Energien ins Ausland. Drittens schafft der Umstieg auf erneuerbare Energien heimische und gute Arbeitsplätze im Umwelt- und Cleantech-Bereich.

Ende Januar 2021 veröffentlichte der Bundesrat die «langfristige Klimastrategie der Schweiz». Die Strategie enthält Zielsetzungen für die Sektoren Gebäude und Industrie, Landwirtschaft und Ernährung, Verkehr und Flüge sowie den Finanzmarkt. Laut Bundesrat soll der Übergang in Richtung Netto-Null bis 2050 sozial- und wirtschaftsverträglich erfolgen. Die Strategie lässt keinen Zweifel daran, dass die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kosten einer fortschreitenden Klimaveränderung die Kosten von Klimaschutz-Massnahmen bei weitem übersteigen – und dass es Zeit ist, entschieden zu handeln.

Die Strategie anerkennt den grossen Klima-Fussabdruck der Schweiz, der «graue Emissionen» mitberücksichtigt, die durch Nahrungsmittel- und Konsumgüter-Importe im Ausland entstehen. Dass der Bundesrat den Grundsatz fasst, künftig Emissionen über die gesamten Wertschöpfungsketten zu reduzieren, ist folgerichtig und durchaus lobenswert. Umso enttäuschender ist, dass das Netto-Null-Ziel des Bundesrats dann aber wieder nur die Emissionen *innerhalb der Schweizer Landesgrenzen* umfasst.

Hinzu kommt, dass die Strategie offenlässt, wie viel Emissionsminderungen im Ausland angestrebt werden, um das inländische Netto-Null-Ziel zu erreichen. Vermehrt beabsichtigen Bundesrat und Politik, einen gewichtigen Teil der Treibhausgase durch Emissionseinsparungen *in Entwicklungsländern* auszugleichen – mittels der Finanzierung von Kompensationsprojekten. Werden dank schweizerischer Unterstützung in Entwicklungsländern wie Peru oder Ghana alte Öfen durch neue ersetzt, soll der erzielte Emissionsrückgang *der Schweiz* gutgeschrieben werden.

Dass der Bund Emissionsreduktionen in ärmeren Ländern finanziell und mittels Wissenstransfer unterstützt, ist gut und nützt dem globalen Klima. Es trägt in Entwicklungsländern dazu bei, dass sich emissionsarme Technologien und Verfahren verbreiten. Jedoch entlässt dies die Schweiz nicht aus der Verantwortung, sich selbst in Richtung Klimaneutralität bis 2050 zu bewegen. Reduktionen, die mit Schweizer Hilfe in ärmeren Ländern erzielt werden, sollten zwar vorangetrieben, jedoch *nicht* dem nationalen Treibhausgas-Inventar der Schweiz angerechnet werden.

Anstatt auf Kompensationen im Ausland und zu stark auf technische Lösungen zu setzen, braucht es vor allen Dingen grundlegende **systemische Veränderungen**, sodass der Wohlstand von Umweltzerstörung entkoppelt werden kann. Notwendig dafür sind gezielte Anreize und politische Regulierungen für mehr Nachhaltigkeit. Gefördert werden müssen sozial- und umweltverträgliche Wertschöpfungsketten und eine ressourcenschonende Kreislaufwirtschaft ebenso wie klimaschonendes Konsum- und Mobilitätsverhalten und eine nachhaltige Landwirtschaft und Ernährungsweise.

Die Schweiz unterstützt ärmere Länder

Die Schweiz unterstützt Entwicklungsländer darin, auf eine emissionsarme und zukunftsfähige Entwicklung zu setzen. Dabei gilt es zu gewährleisten, dass die Länder des Südens nicht auf ihr Anrecht auf eine gleichwertige Wohlfahrt verzichten müssen.

Mit dem Pariser Klimaübereinkommen haben sich Entwicklungsländer wie Mali und Industrieländer wie die Schweiz gleichermaßen verpflichtet, klimarelevante Emissionen einzusparen, in erneuerbare Energien zu investieren und widerstandsfähige Infrastrukturen zum Schutz der Bevölkerung voranzutreiben. Damit ihnen dies gelingt, sind ärmere und klimaexponierte Länder im Globalen Süden auf Unterstützung reicher Länder angewiesen.

Als Industrieland hat sich die Schweiz *verpflichtet*, neue und zusätzliche Investitionen in den Klimaschutz (Mitigation) und in Anpassungsmassnahmen in Entwicklungsländern zu tätigen. Bereits im Jahr 2009 hat sich die Weltgemeinschaft im Rahmen der UNO darauf verständigt, dass Industrieländer entsprechend ihrer Wirtschaftsleistung und ihrer Klimaverantwortung **Internationale Klimafinanzierung** an Entwicklungsländer in einem Rahmen von insgesamt jährlich 100 Milliarden US-Dollar leisten.

Im Bereich Mitigation werden Waldaufforstung, erneuerbare Energien und saubere Wertschöpfungsketten im Ausland vorangetrieben. Im Bereich Anpassung werden dürreresistentes Saatgut und wassersparende Bewässerungsmethoden in der Landwirtschaft gefördert ebenso wie Küstendeiche und Wasserreservoirs gebaut, damit sich die Menschen besser vor Hochwasser oder Trockenheit schützen können.

Bei weitem nicht immer haben Menschen in Entwicklungsländern die Möglichkeiten, sich an die sich ändernden Klimabedingungen anzupassen. Darum rückt das Konzept der **Schäden und Verluste** zunehmend in den Fokus von internationalen Klimaverhandlungen. Vermehrt geht es darum, dass Industrieländer wie die Schweiz, aber auch fossile Energiekonzerne und klimaschädliche Unternehmen nach dem Verursacherprinzip betroffene Menschen beim Umgang mit Schäden durch Klimakatastrophen und dem Verlust von Existenzgrundlagen angemessen entschädigen.

Die ärmsten und gefährdetsten Bevölkerungsteile bei der Bewältigung der Klimakrise zu unterstützen, ist nicht dasselbe wie Demokratie und Gleichstellung der Geschlechter oder Bildungschancen und den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen zu fördern. Unterstützung für Internationale Klimafinanzierung und für Schäden und Verluste kann langfristig angelegte Entwicklungszusammenarbeit in der Bekämpfung von Armut, Ungleichheit und Hunger ergänzen, sie aber niemals ersetzen.

Über die neuen Verpflichtungen hinaus, die die Klimakrise erforderlich machen, bleibt die Schweiz deshalb aufgefordert, eine angemessene und effektive **Internationale Zusammenarbeit** zu leisten. Weiterhin gilt, was die Weltgemeinschaft bereits vor 50 Jahren in der UNO beschloss: Industrieländer leisten 0,7 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung (BNE) für die Entwicklungshilfe. Von dieser Zielmarke ist die Schweiz noch immer weit entfernt.

Aus gutem Grund hat sich die Schweiz mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und mit dem Pariser Klimaabkommen zu finanzieller und technischer Unterstützung für Entwicklungsländer verpflichtet. Denn schliesslich ist es nicht zuletzt auch stark im Interesse der Schweiz, wenn sich die Welt insgesamt friedlich und nachhaltig entwickelt und ein drohendes Klimachaos im Süden abgewendet werden kann.

Caritas Schweiz unterstützt Klimamassnahmen in Entwicklungsländern

Die Klimakrise verschlimmert bestehende Entwicklungshemmnisse und macht die Ärmsten noch verwundbarer. Sie bringt zusätzlich Millionen von Menschen weltweit in Not, entzieht ihnen die Existenzbasis und treibt sie in die Flucht. Caritas hilft betroffenen Menschen, sich besser auf die Erwärmung einzustellen.

In Regionen, in denen es weniger oder nur in kurzen und intensiven Phasen regnet, hilft Caritas, wertvolles Wasser mit Rückhaltebecken oder Zisternen zu speichern. Werden Trockenphasen länger oder trifft der Regen unregelmässig ein, fördert Caritas dürreresistentes Saatgut und eine klimaangepasste Landwirtschaft.

Caritas fördert Massnahmen zur verbesserten Energieeffizienz und stärkeren Nutzung von erneuerbaren Energien. Holzspardöfen helfen, die Ausgaben der Ärmsten zu reduzieren und ihre Gesundheit zu verbessern. Ausserdem kann der Abholzung entgegengewirkt werden.

Bei klimabedingten Katastrophen wie Dürren und Wirbelstürmen leistet Caritas Nothilfe. Gleichzeitig wird darauf hingearbeitet, dass die Katastrophenfolgen mittels präventiver Massnahmen weniger gravierend ausfallen. Einerseits geht es darum, das Management natürlicher Ressourcen wie Wald, Wasser und Weideland zu verbessern. Andererseits werden lokale Behörden und die Bevölkerung in die Lage gebracht, schnell und angemessen auf ein Katastrophenereignis reagieren zu können.

In der Schweiz engagiert sich Caritas für eine wirksame und ambitionierte Klimapolitik, die sozialverträglich ist und eine klimagerechte Wirkung in der Schweiz und gegenüber von Entwicklungsländern erzielt.

Forderungen

Caritas Schweiz setzt sich für einen sozial gerechten, ökologisch tragfähigen und wirtschaftlich nachhaltigen Wandel ein, wie ihn die Agenda 2030 der UNO vorsieht. Um mehr Klimagerechtigkeit gegenüber ärmeren Ländern zu schaffen, stellt Caritas Forderungen an die Politik, den Bundesrat und die Verwaltung.

- Der Bundesrat setzt sich für eine **rasche und vollständige Dekarbonisierung** der Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft ein. Caritas erwartet, dass die Schweiz nach 2030 keine fossilen Brenn- und Treibstoffe mehr in Umlauf bringt. Zwischen 2040 und allerspätestens 2050 muss die Schweiz klimaneutral werden, in Übereinstimmung mit dem Pariser Klimaziel, die Erderwärmung auf höchstens 1,5 Grad zu beschränken. Nur so können die schlimmsten Klima-Folgen weltweit und in der Schweiz in Grenzen gehalten werden.
- Der grösste Teil des schweizerischen Klima-Fussabdrucks entsteht durch «graue Emissionen» im Ausland. Der Bund muss dies berücksichtigen und anerkennt die *tatsächliche* Klima-Verantwortung der Schweiz – und leistet einen entsprechenden Beitrag an der **Internationalen Klimafinanzierung**. Caritas erwartet, dass der Bundesrat die Klima-Mittel für Entwicklungsländer – zusätzlich zu den Geldern der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit – auf mindestens 1 Milliarde Franken im Jahr verdoppelt. Damit wird die Schweiz dem Anspruch von ärmeren und klimarelevanten Ländern auf Klima-Unterstützung gerecht. Der Bund muss hierfür Einnahmen generieren, die verursachergerecht erhoben werden, über geeignete Instrumente, die den sozialen Verhältnissen angemessen sind.
- Bereits heute leiden Millionen von Menschen im Globalen Süden unter nicht mehr vermeidbaren Klimaschäden und deren sozialen und existenzbedrohenden Folgen (**Schäden und Verluste**). Caritas erwartet deshalb, dass die Schweiz nebst der Internationalen Klimafinanzierung Entschädigungsbeiträge an Entwicklungsländer leistet – für klimabedingte Ernteaussfälle und Hungersnöte, für zerstörte Gebäude und Infrastruktur nach Überschwemmungen und Wirbelstürmen sowie für klimaverursachte Landverluste, sei es in Form von Wüstenbildung, Bodenerosion oder Vegetationseinbussen.
- **Kostenwahrheit und Verursachungsgerechtigkeit** sind zentrale Elemente für eine wirksame und gerechte Klimapolitik. Caritas erwartet, dass der Bund wirtschaftliches Handeln von Firmen und Personen so reguliert, dass ökologisches und soziales Verhalten belohnt, und Verhalten, das die Umwelt zerstört und die Menschenrechte missachtet, sanktioniert wird. Der Bund sorgt dafür, dass anstehende öffentliche Investitionen und Covid-19-Stützungsprogramme umweltschonend und klimafreundlich ausgerichtet werden. Finanzflüsse von Banken und der Schweizerischen Nationalbank (SNB) gilt es, konsequent in CO₂-neutrale Sektoren zu lenken.
- Die Schweiz verfolgt eine **umfassende Klimaussenpolitik**, welche Klimagerechtigkeit und Armutsfragen ins Zentrum stellt. Caritas erwartet, dass alle relevanten Bundesstellen Verantwortung übernehmen – insbesondere das Wirtschafts- und das Finanzdepartement, weil der Finanzplatz Schweiz durch seine Investitionstätigkeit und Kreditvergaben über gewaltige Hebel im Klimabereich verfügt. In multilateralen Organisationen und bei bilateralen Treffen mit anderen Regierungen muss sich der Bund für weitreichende Klimaschutzziele und grosszügige Klimafinanzierung für Entwicklungsländer einsetzen.

Mai 2021

Autor: Patrik Berlinger, Fachstelle Entwicklungspolitik
E-Mail: pberlinger@caritas.ch, Telefon 041 419 23 95

Dieses Positionspapier steht unter
www.caritas.ch/positionspapiere zum Download bereit



Das Richtige tun
Agir, tout simplement
Fare la cosa giusta

Caritas Schweiz

Adligenswilerstrasse 15
Postfach
CH-6002 Luzern

Telefon: +41 41 419 22 22
Telefax: +41 41 419 24 24
E-Mail: info@caritas.ch

Internet: www.caritas.ch
Postkonto: 60-7000-4
IBAN: CH69 0900 0000 6000 7000 4

Qualitätsmanagementsystem
ISO 9001, Reg.-Nr. 14075
NPO-Label, Reg.-Nr. 22116